

## FRAKTIONSBECHLUS

### » WEIMARER ERKLÄRUNG 2013



Neujahrsklausur, Weimar, 11. Januar 2013

## DIE FARBE DES JAHRES IST GRÜN

Deutschland ist ein Land voller Möglichkeiten, voller Potenziale. Es ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt, es hat viele beeindruckende, technologisch starke Unternehmen, gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und viele kreative Köpfe. Es ist ein Land, das die Herausforderungen unserer Zeit meistern könnte.

Doch viele Entwicklungen laufen derzeit in die falsche Richtung: die Energiewende und der ökologische Umbau der Wirtschaft stocken, die gesellschaftliche Modernisierung verharrt im Stillstand, der Anspruch, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, bleibt für viele Menschen, gerade für Frauen, uneingelöst, die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, Bildungsarmut verspielt Chancen und Talente, unser Gemeinwesen – Schulen, Schwimmbäder, Kultureinrichtungen, sowie Brücken und Straßen – zerfällt buchstäblich.

Die Verantwortung dafür trägt eine Bundesregierung, der das Gemeinwohl und die Zukunft völlig aus dem Blick geraten sind. Stattdessen erschöpft sich das Merkel-Kabinett in kopflosen 180-Grad-Wenden und schamloser Klientelbedienung. Die Merkel-Koalition sonnt sich in wirtschaftlichen Erfolgen, zu denen es nichts beigetragen hat – und gefährdet mit seiner Tatenlosigkeit die Zukunft unseres Landes. Auf keine der entscheidenden Herausforderungen der kommenden Jahre hat Schwarz-Gelb eine vernünftige Antwort gegeben:

Die Energiewende wird behindert und verpfuscht. Die strukturelle Unterfinanzierung unseres Gemeinwesens wurde nicht angegangen, stattdessen haben sich die Schulden der Bundesrepublik unter der Kanzlerin Merkel um 500 Milliarden Euro erhöht. Der zunehmenden Prekarisierung vieler ArbeitnehmerInnen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, schaut das Merkel-Kabinett tatenlos zu. Bei der Kinderarmut, in der Gesundheits-, Pflege- und Rentenpolitik reichte es nur zu zynischen Maßnahmen wie der Einführung der Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung oder wirkungslosen Placebo-Reformen, wie der Pflegezeit oder der Lebensleistungsrente. Und der gesellschaftlichen Modernisierung hat diese Regierung im Weg gestanden statt sie voranzutreiben und politisch zu begleiten. Das Einzige, was dieser Kanzlerin effektiv und konsistent gelingt, ist bestimmte Klientels ihrer Koalition zu bedienen. Wir schauen zurück auf drei Jahre Politik für Stromkonzerne, Hoteliers, Banken, Versicherungen und Rüstungskonzerne.

Wir Grüne kämpfen deshalb 2013 für einen Politikwechsel. Wir sind davon überzeugt: Wir brauchen einen grünen Wandel in diesem Land, um zu einer gerechten Gesellschaft und einer langfristig verantwortbaren Wirtschaftsweise zu kommen, um eine gute, eine sichere Zukunft zu schaffen, und das gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern durch mehr Mitsprache zu ermöglichen. Dieses Land hat alle Potenziale, die Menschen, das Wissen, die Technologien dafür. Wir wollen diesen Möglichkeiten endlich zum vollen Durchbruch verhelfen.

## **DIE ENERGIEWENDE WEITERDENKEN**

Am wichtigsten ist dabei die Energiewende. Die Gesellschaft hat der Bundesregierung 2011 den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie aufgezwungen. Das war ein gigantischer Erfolg und birgt eine enorme Chance. Mit der Energiewende können wir zeigen, dass eine erfolgreiche Industrienation den Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung ohne Atomkraft und Kohle schaffen kann. So können wir dem stockenden internationalen Klimaschutz neue Impulse geben. Gleichzeitig schaffen wir Hunderttausende neuer Jobs und machen Deutschland unabhängig vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas. Das spart uns viel Geld und macht unsere Produktion sauber. Die neue, saubere Energie wird dabei von den Bürgerinnen und Bürgern selbst erzeugt, von Stadtwerken und Energiegenossenschaften. Die vier großen Stromkonzerne müssen sich hier stärker engagieren und endlich aufhören, den Wandel zu bremsen und teilweise massive Lobbypolitik gegen die Energiewende zu betreiben.

Doch vom Merkel-Kabinett wird die Energiewende immer wieder behindert und ausgebremst. Schwarz-Gelb dringt auf eine Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, bekämpft europäische Energiesparvorgaben und verhindert ehrgeizigere Klimaschutzziele der EU.

Der eigene Sachverständigenrat der Bundesregierung stellt ihr bei der Umsetzung der Energiewende ein verheerendes Zeugnis aus. Für das schlechte Handwerk des Merkel-Kabinetts wird den Verbraucherinnen und Verbraucher auch noch eine überteuerte Rechnung ausgestellt. Dank Schwarz-Gelb gibt es mittlerweile acht verschiedene Ausnahmen, bei denen die Verbraucher für die Wirtschaft die Kosten übernehmen müssen. Allein bei der EEG-Umlage hat die Bundesregierung die Zahl der befreiten Unternehmen von 700 auf demnächst 2.000 ausgedehnt. Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sie ist nicht umsonst zu haben, sondern erfordert erhebliche Investitionen in neue Stromerzeugungsanlagen, Netze und Speicher. Ihr Erfolg und ihre Akzeptanz hängen aber maßgeblich von einer fairen Verteilung von Kosten und Nutzen auf Wirtschaft und Privathaushalte ab. Privilegien der Industrie müssen deshalb wieder auf echte Härtefälle zurückgeführt und einkommensschwache Haushalte unterstützt werden, damit Strom für sie bezahlbar bleibt und sich Energiesparen für sie lohnt.

Wir Grüne haben die Kraft, die Energiewende auch gegen den massiven Widerstand der alten Interessen von Kohle und Atom durchzukämpfen. Und wir haben die Ideen, um die Energiewende konsequent zu Ende zu führen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, gepaart mit Energieeinsparung und verbesserter Energieeffizienz, bleibt der Motor der Veränderung. Doch mit diesem Ausbau allein ist es nicht mehr getan. Wind- und Sonnenenergie als Säulen der Energieversorgung der Zukunft erfordern eine grundlegende Neuausrichtung unseres Energiesystems. Der bestehende Strommarkt ist für die Vergütung von Wind und Sonnenstrom gänzlich ungeeignet und bietet schon heute keine hinreichenden Anreize zur Schaffung benötigter Erzeugungskapazitäten mehr. Er muss durch neue Marktstrukturen ergänzt werden, die Beiträge zu Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Netzstabilität belohnen. Stromnetze, Kraftwerke und Stromnachfrage müssen an die volatile Stromeinspeisung angepasst, neue Speichertechnologien erforscht und eingesetzt werden.

## **MEHR GERECHTIGKEIT IST MÖGLICH – DAS GEMEINWESEN STÄRKEN**

In Deutschland geht es vielfach nicht gerecht zu. Wir Grüne finden uns nicht damit ab, dass Menschen zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, dass der Bildungserfolg unserer Kinder von der familiären Herkunft abhängt, dass unsere öffentlichen Einrichtungen – Schulen und Hochschulen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Theater – zerfallen, während der private Reichtum einiger Weniger rapide anwächst. Mehr Gerechtigkeit ist nötig.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind für uns kein Widerspruch. Wir kämpfen gegen die Spaltung der Gesellschaft und für eine Gesellschaft, die selbstbestimmte Teilhabe für Alle ermöglicht. Dafür sind Reformen der sozialen Sicherheit, soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt und bessere öffentliche Institutionen, insbesondere ein Aufbruch in die grüne Bildungsrepublik notwendig. Grüne Politik setzt auf gute Bildung für jede und jeden. Wir stärken deshalb Länder und Kommunen und investieren in Bildung – von der Kita bis zum Erwachsenen-BAföG. Und wir setzen uns für die Aufhebung des Kooperationsverbots ein, damit Bund und Länder gemeinsam die großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft bewältigen und dafür sorgen können, dass alle Kinder gleiche Chancen haben.

Erste Maßnahmen für den Umbau der sozialen Sicherung sind die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, die Anhebung der *ALG-II-Regelsätze*, die *grüne Garantierente* und die Einführung der *Bürgerversicherung* in Gesundheit und Pflege. Wir wollen in der kommenden Wahlperiode mit der Einführung der Kindergrundsicherung beginnen. Um Altersarmut und working poor zu verhindern wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen für existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse. Notwendig sind auch gute altersgerechte Arbeitsbedingungen, damit die Menschen gesund bis zur Rente arbeiten können.

Mehr Gerechtigkeit, gute Kitas und Ganztagschulen, Investitionen in Hochschulen und Forschung, eine existenzsichernde verfassungskonforme Grundsicherung, das alles kostet Geld. Nur eine handlungsfähige öffentliche Hand kann eine umfassende Teilhabe aller ermöglichen. Öffentliche Infrastruktur, Bildung, Kinderbetreuung, Sicherheit und Investitionen in Zukunftstechnologien müssen über Steuern finanziert werden statt über Schulden.

Während das Merkel-Kabinetts das Gemeinwesen weiter schwächt und Klientelgeschenke an Besserverdienende verteilt, haben wir Grüne den Mut, von denen, die es können, einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens zu verlangen. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen, die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer verdoppeln und die Ungleichbehandlung bei der Besteuerung von Arbeit und Kapital abschaffen. Wir Grüne wollen eine einmalige befristete Vermögensabgabe für Millionäre einführen, um die Schulden aus der Krise abzubauen. So entstehen Spielräume für Investitionen in gesellschaftliche Teilhabe.

## **DIE GESELLSCHAFTLICHE MODERNISIERUNG VORANTREIBEN**

Wir Grüne wollen die Lebensrealitäten einer modernen Gesellschaft gestalten statt ihnen wie die Merkel-Koalition hinterherzuhinken. Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld, ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare statt weiterer Diskriminierung, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit statt weitere Benachteiligung von Frauen – das sind die Alternativen.

Der Kampf um Gleichberechtigung hat seine Aktualität nicht eingebüßt, Sexismus und die Benachteiligung von Frauen sind in vielen Fällen noch immer trauriger Alltag. Noch immer werden Frauen in Deutschland schlechter bezahlt, steigen seltener in Führungspositionen auf, sind öfter von Armutslöhnen und Armutsrenten bedroht. Wir machen mit dem Skandal Schluss, dass viele Frauen immer noch keine eigenständige Existenzsicherung haben, dass sie die schlechteren Karrierechancen und Löhne in Kauf nehmen müssen. Wir machen Schluss mit der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür brauchen wir: Eine gerechte Bezahlung, einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung und eine Quote für Aufsichtsräte.

Noch immer sind die Familien homosexueller Bürgerinnen und Bürger rechtlich und finanziell benachteiligt. Wir wollen die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft der Ehe endlich vollständig gleichstellen und das volle Adoptionsrecht ermöglichen. Wir finden nach wie vor: Familie ist da wo Kinder sind, ob die Eltern schwul, hetero oder lesbisch sind. Dafür kämpfen wir weiter.

Deutschland ist vielfältiger geworden, dennoch leben Flüchtlinge in unwürdigen Zuständen und unser Land heißt Zuwanderer, die wir brauchen, noch immer nicht wirklich willkommen. Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und eine Einbürgerungsoffensive starten. Den unsinnigen Optionszwang für hier geborene junge Erwachsene mit zwei Staatsangehörigkeiten wollen wir abschaffen. Deutschland soll ein weltoffenes Land werden.

## **WIRTSCHAFT NACHHALTIG UMBAUEN – FÜR EINE ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT, GEGEN MASSENTIERHALTUNG**

Das traditionelle Wirtschaftsmodell mit seinem gigantischen Energie- und Rohstoffhunger und seinen immensen Emissionen an Treibhausgasen stößt an seine ökologischen und ökonomischen Grenzen. Es gilt jetzt zu handeln, denn ein fortschreitender Klimawandel und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt kommen uns früher oder später teuer zu stehen. Der Wandel bietet aber auch Chancen, denn bei den rapide gestiegenen Rohstoffkosten können Unternehmen mit ökologischem Verhalten viel Geld sparen. Wenn knappe Rohstoffe weniger verbraucht, wieder verwendet und durch andere Materialien ersetzt werden, werden die Abhängigkeiten von Rohstoffen reduziert, die Betriebskosten gesenkt, die Konkurrenzfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen gesteigert. Wir setzen hier besonders auf die Schlüsselbranchen wie zum Beispiel Chemie- und Automobilindustrie. Auch der Weltmarkt rund um Klima- und Umweltschutz wächst rasant.

Für die Transformation unserer Wirtschaft brauchen wir verlässliche langfristige Ziele und Rahmenbedingungen. Das schafft die nötige Planungssicherheit für die Unternehmen und hilft, notwendige Innovations- und Investitionsentscheidungen zu treffen. Dazu gehören ein ambitioniertes europäisches Klimaziel von mindestens 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 und verbindliche jährliche Energieeinsparvorgaben für Energieversorger. Mit einem Klimaschutzgesetz müssen die nationalen Klimaziele mit Zwischenschritten versehen und verbindlich gemacht werden im bei Abweichungen vom Zielpfad frühzeitig gegensteuern zu können. Der ökologische Umbau darf nicht auf Pump und zu Lasten nachfolgender Generationen gehen. Er muss solide über Einnahmen finanziert werden. Die Basis dafür bildet eine ökologische Finanzreform, die ökologisch schädliche Subventionen abbaut und so finanzielle Anreize für die ökologische Modernisierung setzt. Dafür muss auch der europäische Emissionshandel reformiert werden.

Ein zentrales Projekt eines nachhaltigen Umbaus der Wirtschaft ist ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaftspolitik. Viel zu lange haben Europa und Deutschland einseitig Intensivierung und agrarindustrielle Strukturen vorangetrieben und mit Milliarden subventionen gefördert – auf Kosten von Umwelt, Biodiversität, Klima, und bäuerlichen Betrieben, aber auch auf Kosten europäischer Zukunftsinvestitionen in Forschung und Innovation. Wir Grüne wollen die bäuerlich-nachhaltige Landwirtschaft, die Europa prägt und Verbraucherinnen und Verbraucher wertschätzen, erhalten. Anders als CDU und CSU sind wir überzeugt: modern und zukunftsfähig ist nur eine solche Landwirtschaft, die die natürlichen Ressourcen und die soziale Gerechtigkeit hier und weltweit bewahrt. Deswegen setzen wir uns für eine echte Reform und ein konsequentes Greening der Europäischen Agrarpolitik ein. Öffentliche Gelder dürfen künftig nur noch für öffentliche Interessen ausgegeben werden.

Insbesondere die immer stärkere Konzentration auf eine massenhafte Fleischproduktion zu Dumpingpreisen hat Dimensionen erreicht, deren Auswirkungen von der Gesellschaft nicht länger akzeptiert werden. Ein grundsätzliches Umsteuern im System der Fleischerzeugung und Tierhaltung ist überfällig. Wir Grünen wollen verhindern, dass Intensivtierhaltung und Fleischkonsum in den reichen Ländern der Welt immer mehr zum Lebensmittelkonkurrenten für die Armen wird. Wir wollen eine flächengebundene Tierhaltung. Das Tierschutzgesetz werden wir endlich im Sinne des Grundgesetzes reformieren und artgerechte Haltungsbedingungen für alle Landwirtschaftstiere schaffen. Bau- und Immissionsschutzgesetz wollen wir so verändern, dass der Zubau von Großmastanlagen endlich von den Bürgern vor Ort gestoppt werden kann.

CDU/CSU und FDP haben durch ihre verfehlte Agrarpolitik dafür gesorgt, dass viel zu wenige heimische Bauern am boomenden Biomarkt teilhaben können und die steigende Nachfrage über Importe gedeckt werden muss. Wir wollen diese Chancen nicht länger vergeben. Darum werden wir den Ausbau und Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft über Forschung und Förderung wieder stark vorantreiben.

## **EUROPA MUTIG VORANBRINGEN – GLOBALE VERANTWORTUNG ERNSTNEHMEN**

Angela Merkel blockiert konstruktive Vorschläge für Wege aus der Schuldenkrise und für ein solidarisches und zukunftsfähiges Europa. Der Gipfel zur Zukunft der EU im Dezember scheiterte an der Verweigerungshaltung der Bundesregierung, die Verhandlungen zum Finanzrahmen stocken, weil Kanzlerin Merkel auf Budgetkürzungen beharrt, die zu Lasten von Zukunftsinvestitionen gehen. Der EU und insbesondere dem Euroraum droht die soziale Spaltung. Wir Grüne wollen mit Mut und Entschlossenheit Europa zu einer Wirtschafts- und Solidarunion weiterentwickeln, um die Krise und Lähmung zu überwinden. Bei den Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen setzen wir wie die EU-Kommission auf einen gestärkten Haushalt und eine klare Priorität für Investitionen in nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung.

Während die Regierung Merkel unter größter Geheimhaltung immer mehr Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Indonesien massiv mit deutschen Waffen aufrüstet, setzen wir auf Restriktivität und Transparenz. Wir wollen ein Rüstungsexportgesetz, um Rüstungsexporte zu begrenzen und die Regierung zukünftig strikt an die Einhaltung von Export-Kriterien zu binden. Wir Grüne stehen für eine Politik der globalen Verantwortung: wir nehmen nicht hin, dass Angela Merkel internationale und europäische Zusagen bricht und die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit kürzt, sondern wollen mit einem ODA-Aufholplan bis Ende 2017 das 0,7-Prozent-Versprechen erfüllen.

## **EINE ANDERE POLITIK IST MÖGLICH – UND GEWOLLT**

Ein grüner Wandel zu einer ökologischen, gerechten und modernen Gesellschaft, zu einer nachhaltigen Wirtschaft ist möglich. Die grüne Bundestagsfraktion hat in den vergangenen drei Jahren in vielen Bereichen neue Konzepte entwickelt und durchgerechnet. Wir haben Prioritäten gesetzt, denn nicht alles, was wünschbar ist, ist auch finanzierbar.

Die Alternative im Jahr 2013 ist klar:

Eine konsequente Energiewende für sicheren, sauberen und bezahlbaren Strom aus Sonne und Wind – oder Klientelpolitik für Stromverschwender und die großen Energiekonzerne.

Mehr Gerechtigkeit durch gesetzliche Mindestlöhne, die Bürgerversicherung, bessere Bildung für alle und eine Vermögensabgabe – oder Klientelpolitik für Besserverdiener.

Gesellschaftliche Modernisierung durch die Frauenquote, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und eine Einbürgerungsoffensive – oder Klientelpolitik für ein Familienmodell aus den 50er-Jahren der Ewiggestrigen in CDU und CSU.

Ökologische Produkte und Produktionsweisen – oder weitere Verschwendung und Massentierhaltung.

Globale Verantwortung und europäische Solidarität – oder schamlose Rüstungsexporte und europäische Blockade.

Eine klare Orientierung auf das Gemeinwohl und ein lebendiges Gemeinwesen – oder die Fortsetzung einer Politik für Großkonzerne und Besserverdiener.

Eine Politik, die der Zukunft zum Durchbruch verhilft – oder weitere Zukunftsverweigerung.

Die Alternative heißt: Grün oder Merkel.

Mit einer Politik gegen einen Mindestlohn, gegen Frauenquoten, gegen ambitionierten Klimaschutz, gegen eine schnelle Energiewende, gegen die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften steht Angela Merkel gegen die gesellschaftlichen Mehrheiten in diesem Land. Damit steht Angela Merkel rechts von der Mitte der deutschen Gesellschaft.

Wir werden 2013 nutzen, um aus diesen gesellschaftlichen Mehrheiten für einen grünen Wandel eine politische Mehrheit zu machen. Wir wollen mit starken Grünen gemeinsam mit der SPD Schwarz-Gelb ablösen: Erst in Niedersachsen, in Bayern, dann im Bund und in Hessen. Die Farbe des Jahres ist GRÜN.